HANSESTADT LÜNEBURG
DER OBERBÜRGERMEISTER

Vorlage-Nr.
VO/7172/17

01 - Büro des Oberbürgermeisters
Frau Doll

Datum:
21.03.2017

Antrag

Beschließendes Gremium:
Rat der Hansestadt Lüneburg

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke zum Haushalt 2017 vom 21.03.2017

Beratungsfolge:

Öffentl. Status	Sitzungs-datum	Gremium
Ö	23.03.2017	Rat der Hansestadt Lüneburg
N	23.03.2017	Verwaltungsausschuss

Sachverhalt:
s. Änderungsantrag der Fraktion Die Linke zum Haushalt 2017 vom 21.03.2017

Beschlussvorschlag:
s. Änderungsantrag der Fraktion Die Linke zum Haushalt 2017 vom 21.03.2017

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten (in €)

a) für die Erarbeitung der Vorlage:

aa) Vorbereitende Kosten, z.B. Ausschreibungen, Ortstermine, etc.

b) für die Umsetzung der Maßnahmen:

c) an Folgekosten:

d) Haushaltsrechtlich gesichert:

Ja
Nein
Teilhaushalt / Kostenstelle:
Produkt / Kostenträger:
Haushaltsjahr:

e) mögliche Einnahmen:

Anlage/n:
Änderungsantrag der Fraktion Die Linke zum Haushalt 2017 vom 21.03.2017

Beratungsergebnis:

	Sitzung am	TOP	Ein-stimmig	Mit Stimmen-Mehrheit Ja / Nein / Enthaltun-gen	lt. Be-schluss-vorschlag	abweichende(r) Empf /Beschluss	Unterschr. des Proto-kollf.
1							
2							
3							
4							

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:
DEZERNAT II

Da'in II z. w. V.

/ 27/3.

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Hansestadt Lüneburg

An
den Rat der Hansestadt Lüneburg

DIE LINKE.
FRAKTION
im Rat der Hansestadt Lüneburg
Michèl Pauly
Fraktionsvorsitzender
Altenbrückertorstr. 2
21335 Lüneburg
Tel: 04131 – 28 43 346
stadtrat@dielinke-lueneburg.de
www.dielinke-stadtrat.de

ÄNDERUNGSANTRAG ZUM HAUSHALT 2017

Lüneburg, den 20.3.2017

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Hansestadt Lüneburg beantragt folgende Änderungen im Haushalt:

Finanzhaushalt

Maßnahme	Auswirkungen
Kürzung Investition Radspeicher um 210.000 Euro auf 80.000 Euro (Drehkreuz und Kassensystem nur für das Untergeschoss)	**+ 210.000 Euro**

Ergebnishaushalt -

Maßnahme	Auswirkungen
Erstellung eines Mietspiegels für 35.000 Euro pro Jahr (zweijährig zu aktualisieren für ca. 70.000 Euro)	**- 35.000 Euro**
Erhöhung der Parkeinnahmen aus Parkraumbewirtschaftung	**+ 40.000 Euro**
Erstattung Lehrmittel für Flüchtlinge vom Landkreis	**+ 10.000 Euro**
Erhöhung der Mittel für institutionalisierte Jugendarbeit	**- 15.000 Euro**

Michèl Pauly

Michèl Pauly
Vorsitzender DIE LINKE.
Fraktion im Rat der Hansestadt Lüneburg

OTR z. a. L.
23/3.

Stellungnahme zum Änderungsantrag DIE LINKE

Stand 23.03.2017

Stellungnahme zum Änderungsantrag DIE LINKE:

Nr.	Änderungsvorschlag	Änderung Investiv	Änderung ErgHH	Stellungnahme der Verwaltung
1.	Kürzung Investition Radspeicher um 210.000 Euro auf 80.000 Euro (Drehkreuz und Kassensystem nur für das Untergeschoss)	+210.000		Das Gesamtvolumen der Maßnahme beläuft sich auf 384.000 € und umfasst unter anderem die Herrichtung von Zugangskontrollen wie Drehkreuze, Sperrmechanik, Induktionsplatten, Kassenautomaten usw. für zwei Etagen. Hierfür ist ein Ansatz von 210.000 € vorgesehen. Durch eine Kürzung des Ansatzes um 210.000 € wäre die Maßnahme somit nicht mehr umsetzbar. Der verbleibende Ansatz würde nicht mehr ausreichen, um ein Stockwerk auszustatten.
2.	Erstellung eines Mietspiegels für 35.000 Euro pro Jahr (zweijährig zu aktualisieren für ca. 70.000 Euro)		-35.000	Ein Mietspiegel soll eine Übersicht über ortsübliche Vergleichsmieten geben. Er dient i.d.R. aber zunehmend als Begründungsmittel für Mieterhöhungen durch Vermieter. Nach vorläufigen Ermittlungen wäre mit einmaligen Erstellungskosten für einen qualifizierten Mietspiegel durch einen Dritten mit rund 70.000 € zu rechnen. Die zweijährliche Aktualisierung würde eine Aufwand von bis zu 50.000 € verursachen. Der kalkulierte Ansatz wäre demzufolge nicht auskömmlich. Darüber hinaus sind die Deckungsvorschläge nicht realisierbar
3.	Erhöhung der Parkeinnahmen aus Parkraumbewirtschaftung		+40.000	Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung fand eine Kalkulation der derzeitigen Einzahlungen statt. Da der bisherige Einzahlungsansatz nicht erreicht wurde, empfahl sich, trotz der Gebührenanpassung, eine vorsichtige Fortschreibung des Ansatzes. Die aktuelle Prognose der Lüneparken bestätigt die Einnahmeerwartung i.H.v. 1,44 Mio. €. Sollte es zu Mehreinnahmen (über den Ansätzen 2017) hinaus erreicht werden, müssen diese vorrangig zum Haushaltsausgleich verwandt werden.
4.	Erstattung Lehrmittel für Flüchtlinge vom Landkreis		+10.000	Der Landkreis Lüneburg hat seinen Haushalt am 06.03.17 beschlossen. Entsprechende Mittel sind dort nicht enthalten. Die Hansestadt Lüneburg hat bereits zusätzliche Mittel in Höhe von 60.000 € bei den Grundschulen für Lehrmittel eingeplant (siehe Schulausschuss vom 03.02.2017). Die kommunalen Spitzenverbände

				verhandeln aktuell mit dem Land Niedersachsen über eine höhere Integrationskostenpauschale. Es zeichnet sich derzeit in keiner Weise ab, dass den Kommunen weitere Geldern zur Verfügung gestellt werden. Sollten - wider Erwarten - höhere Förderungen erzielt werden können, dienen diese Mehrerträge der Erzielung des Haushaltsausgleiches
5.	Erhöhung der Mittel für institutionalisierte Jugendarbeit		-15.000	Für die institutionelle Jugendarbeit für den Stadtjugendring sind im Haushalt 17.000 € vorgesehen. Im Haushaltsjahr 2015 wurde der Ansatz um 7.000€ auf 17.000€ angehoben. Zudem nimmt die Hansestadt Lüneburg und der Stadtjugendring an dem Projekt „Demokratie leben" teil, so dass der Stadtjugendring dadurch ebenfalls Mittel in Höhe von zusätzlich 50.000 € erhält. Im letzten Jugendhilfeausschuss am 02.02.2017 wurde der Beschluss gefasst eine interfraktionelle Arbeitsgruppe zu gründen. Thema dieser AG soll die Überarbeitung der Richtlinie zur Förderung der freien Jugendhilfe (freiwillige Leistung) vom 17.06.1993 sein. .

Die Realisierung der Vorschläge 2. und 5. würden die Aufwendungen im Ergebnishaushalt der Hansestadt um 85.000 € erhöhen. Mangels Erzielbarkeit der vorgeschlagenen Mehrerträge würden damit sich das Defizit auf 343.200 € erhöhen.

In den Vorgesprächen mit der Kommunalaufsichtsbehörde wurde der Hansestadt erklärt, dass eine Genehmigung der Haushaltssatzung 2017 nur unter der Auflage zusätzlicher Liquiditätserwirtschaftung und konsequent restriktiver Haushaltsbewirtschaftung erteilt werden kann. Das Erzielen eines positiven Jahresergebnisses gilt dabei als primäres Ziel.